

PRO

Wie sehen die Ursprünge der Idee «Wandel durch Handel» aus? Als im Kalten Krieg sowjetisches Erdöl und Erdgas nach Westeuropa flossen

Europa sucht nach Wegen, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen abzuschütteln. Vor rund sechzig Jahren begannen die intensiven russisch-europäischen Energiebeziehungen – gegen den Widerstand der USA. Damals hielt man die gegenseitige Verschränkung in Europa für eine gute Idee.

Jeronim Perović

21.04.2022, 06.35 Uhr



Am 1. Juni 1968 unterzeichneten das sowjetische Unternehmen Sojusneftexport und die Österreichische Mineralölverwaltung (OMV) einen Vertrag für Erdgaslieferungen von der UdSSR nach Österreich. Bereits drei Monate später erreichte das Erdgas aus Westsibirien die Station Baumgarten. OMV-Bildarchiv

Europas Abhängigkeit von russischen Rohstoffen ist ein Erbe des Kalten Krieges. Im sowjetischen Erdgas sahen die Europäer eine willkommene Alternative zum Erdöl vom Persischen Golf. Zudem sollte der Ausbau des Ost-West-Handels dazu dienen, die politischen Beziehungen zu verbessern. Die Strukturen haben Bestand. Trotz dem gegenwärtigen Krieg fließt ein Teil des Erdgases aus Russland auch heute noch durch die Ukraine nach Europa. Doch angesichts der russischen Aggression ist Europa gefordert, die Energiebeziehungen zu Russland grundsätzlich zu überdenken.

Das «rote Erdöl» auf dem Weltmarkt

Als grösster Rohstoffspeicher der Welt spielte das zaristische Russland bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle im internationalen Erdölgeschäft. Lenins Bolschewiki verteufelten den Kapitalismus, doch weder ideologische Gräben noch politische Gegensätze vermochten die Energieflüsse aufzuhalten.

Der erste sozialistische Staat lieferte Treibstoff an die britische und die französische Kriegsmarine und versorgte das faschistische Italien ebenfalls mit Erdöl. Auch als 1933 die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kamen, stellte die UdSSR die Erdöllieferungen an seinen angeblichen ideologischen Todfeind nicht ein.

In der Stalin-Zeit zog sich die Sowjetunion ab Mitte der 1930er Jahre zusehends vom Welthandel zurück und nahm den Erdölexport erst im Laufe der 1950er Jahre inmitten des Kalten Krieges wieder auf. Obwohl die Mengen des nach Europa exportierten Öls anfänglich bescheiden waren, sahen westliche Energieunternehmen im billigen «roten Erdöl» eine unliebsame Konkurrenz.

Als sich die Ost-West-Beziehungen im Zuge der Krisen um Berlin und Kuba rapide verschlechterten, verabschiedete der Nato-Rat auf Druck Washingtons im November 1962 eine geheime Resolution, um die Lieferung von Stahlröhren an die Sowjetunion zu stoppen. Damit sollte der Bau der Erdölleitung «Druschba» (Freundschaft) verhindert werden. Diese damals längste Erdölpipeline der Welt war dazu angelegt, sowjetisches Öl in die sozialistischen Bruderstaaten Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und die DDR zu transportieren.

Trotz Nato-Sanktionen liess sich die Pipeline 1964 mit nur einem Jahr Verzögerung fertigstellen. Denn die Sowjetunion kurbelte die Stahlrohrproduktion nun selbst an, und Nicht-Nato-Staaten wie Schweden und Japan sprangen in die Bresche, um den Ausfall westdeutscher Stahlrohre zu

kompensieren. Die Eröffnung der «Druschba»-Pipeline erlaubte es, sowjetisches Öl nun schneller und in grösseren Mengen Richtung Westeuropa zu liefern.

Wandel durch Handel

Gegen Ende der 1960er Jahre setzte die sogenannte Entspannungspolitik ein. Dies eröffnete auch neue Möglichkeiten für den Ost-West-Handel. Für Westeuropa war das Erdgas, das die Sowjetunion in dieser Zeit in immer grösseren Mengen produzierte, eine Möglichkeit, weniger abhängig vom Erdöl aus dem Persischen Golf zu werden. Die Sowjetunion trieb den Aufbau einer Gasindustrie deshalb voran, um den eigenen Energiebedarf langfristig sicherzustellen.

Doch um das Gas aus den weit abgelegenen Regionen Westsibiriens in die industrialisierten Gebiete des europäischen Teils des Landes zu transportieren, war die Sowjetunion auf Stahlrohre mit grossem Durchmesser angewiesen, die hohem Druck und extremen Temperaturen standhalten konnten. Weil die sowjetischen Stahlwerke nach wie vor nicht in der Lage waren, diese Rohre in ausreichender Zahl und der nötigen Qualität herzustellen, suchte die Sowjetunion die Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen.

Mit westeuropäischen Bankenkrediten kaufte die Sowjetunion namentlich in westdeutschen Stahlwerken Millionen Tonnen Stahlrohre ein und bezahlte dafür mit Erdgaslieferungen. Die Regierung in Bonn unter ihrem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt förderte die milliarden schweren «Gas gegen Rohre»-Abkommen in der festen Überzeugung, dass Handel auch Annäherung und Wandel brächte.

Die Bereitstellung von mehr Erdgas erlaubte es der Sowjetunion zudem, grössere Mengen Erdöl für den Export in die lukrative westliche Dollar-Zone

freizumachen. Weil die Erdölpreise in den 1970er Jahren aufgrund der weltweit wachsenden Nachfrage und infolge der globalen Energiekrise von 1973/74 stark angestiegen waren, vervielfachten sich auch die sowjetischen Deviseneinnahmen.

Damit war Moskau nicht nur in der Lage, dringend benötigte Technik- und Konsumgüter auf dem Weltmarkt einzukaufen. Petrodollars wurden auch eingesetzt, um die immer gravierenderen Mängel des eigenen Planwirtschaftssystems auszugleichen. So kaufte Moskau wiederholt Weizen in den USA und in Kanada ein, weil die eigene Landwirtschaft diesen aufgrund von Misserwirtschaft, Fehlplanung und wiederholten Dürren nicht in ausreichenden Mengen zu produzieren vermochte.

Die Urengoi–Uschhorod-Pipeline

Über die Erweiterung des osteuropäischen Pipeline-Netzwerkes versorgte die Sowjetunion zwar schon ab 1968 Österreich und ab 1973 auch Westdeutschland mit bescheidenen Mengen an Erdgas. Doch um die eigene Energieversorgung langfristig sicherzustellen und zudem ein Faktor auf dem internationalen Markt bleiben zu können, mussten neue Felder erschlossen werden – und diese befanden sich im abgelegenen nördlichen Westsibirien.

In den frühen 1970er Jahren, auf dem Höhepunkt der Détente, war Moskau an engeren Wirtschaftskooperationen mit amerikanischen und japanischen Energieunternehmen interessiert. So bestanden etwa Pläne zur Verflüssigung sibirischen Erdgases, das per Pipeline zunächst in die Nähe von Murmansk und danach per Schiff an die amerikanische Ostküste hätte transportiert werden sollen. Doch dieses Grossprojekt, das mithilfe eines Konsortiums amerikanischer Firmen hätte realisiert werden sollen, scheiterte an der Opposition des amerikanischen Kongresses.

Auch deshalb setzte sich Ende der 1970er Jahre die Idee des Baus einer direkten Erdgasexportleitung zwischen Sibirien und Westeuropa durch. Diese Pipeline sollte Gas aus dem gigantischen Urengoi-Feld über eine Strecke von rund 4500 Kilometern bis nach Uschhorod an die Westgrenze der ukrainischen Sowjetrepublik transportieren, um von dort über Anschluss-Pipelines durch das sozialistische Osteuropa bis nach Westdeutschland und in andere westliche Länder geliefert zu werden.

Reagans Pipeline-Sanktionen

Ende 1981 geriet dieses grösste je im Kalten Krieg getätigte Ost-West-Geschäft unverhofft in die Schlagzeilen: In Reaktion auf die Ausrufung des Kriegszustandes in Polen beschloss die amerikanische Regierung ein Embargo auf die Ausfuhr von Stahlrohren und Energietechnik, um die Fertigstellung der Pipeline zu verhindern. Als Kompensation für sowjetisches Erdgas boten die USA den europäischen Alliierten Kohlelieferungen und Hilfe beim Bau von Atomkraftwerken an.

Anders als im Fall des Nato-Embargos von 1962 trugen die Westeuropäer den Entscheid der USA nicht mit. Denn das Embargo drohte nicht nur den allgemeinen Ost-West-Handel mit technischen Gütern einzuschränken, sondern es stellte sich auch das Problem der extraterritorialen Anwendung von Recht, indem auch nichtamerikanische Firmen aufgefordert wurden, bestehende Verträge mit der Sowjetunion aufzulösen.

Die Westeuropäer waren auch deshalb über das amerikanische Vorgehen verärgert, weil sich Washington weigerte, das Embargo auf die Lieferung von Getreide auszuweiten, das die Sowjetunion in dieser Zeit in grossen Mengen von amerikanischen Farmern einkaufte.

Als der amerikanischen Führung klar wurde, dass die Sanktionen den Bau der Pipeline nicht würden verhindern können und dass es ausserdem deswegen zu grossen Spannungen mit den europäischen Alliierten kommen würde, machte Washington im November 1982 den Sanktionsbeschluss wieder rückgängig. Die Pipeline wurde fristgerecht erstellt. Am 13. Januar 1984 erreichte erstmals Gas aus dem Urengoi-Feld das westliche Europa.

Gegenseitige Abhängigkeit

Die Sowjetunion verdoppelte mit der Eröffnung dieser ersten Exportpipeline auf einen Schlag ihr Gasexportvolumen und stieg endgültig zum wichtigsten Rohstofflieferanten Westeuropas auf. Umgekehrt wurde sie nun auch selbst abhängig vom Rohstoffexport: Waren Energieträger Ende der 1960er Jahre erst für 15 Prozent des sowjetischen Aussenhandels verantwortlich, so machte ihr Anteil Anfang der 1980er Jahre mehr als 50 Prozent aus.

Rund 80 Prozent ihrer gesamten Deviseneinnahmen erwirtschaftete die Sowjetunion in dieser Zeit mit dem Export von Erdöl und Erdgas. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Russland neue Gasexport-Pipelines gebaut, doch noch immer fliesst ein signifikanter Teil des russischen Gases trotz dem gegenwärtigen russisch-ukrainischen Krieg durch das vor rund vierzig Jahren errichtete Transportsystem durch die Ukraine nach Europa.

Spätestens der Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine hat deutlich gemacht, dass die Idee des Wandels durch Handel ihre Wirkkraft längst verloren hat. Vielmehr hat der Kreml die Milliarden Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft auch für massive Aufrüstung verwendet und finanziert damit nun seine Militäraktion gegen die Ukraine. Aber jeder Krieg ist einmal zu Ende. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Energiebeziehungen zwischen Russland und Westeuropa unverändert weitergehen, ist gering. Jetzt ist es an der Zeit, dass die

Europäer ihre Energiepolitik grundsätzlich neu denken und den Weg aus der fossilen Abhängigkeit planen.

Jeronim Perović ist Osteuropahistoriker und Direktor des Center for Eastern European Studies (CEES) an der Universität Zürich. Sein jüngstes Buch ist soeben erschienen: «Rohstoffmacht Russland. Eine globale Energiegeschichte». Böhlau-Verlag, Wien, Köln 2022.

Sämtliche Artikel von «NZZ PRO Global» können Sie auf www.nzz.ch/pro-global nachlesen.

Haben Sie ein Feedback zu «NZZ PRO Global»? Senden Sie es an proglobal@email.nzz.ch.